

ver.di Gewerkschaftstag: Nein zur Politik der Regierung Scholz

Der 6. ver.di Bundeskongress hat eine Woche getagt, mehr als Tausende Delegierten diskutierten und legten die gemeinsame Position von ver.di fest. Zur Überraschung des Bundesvorstandes standen nicht die Fragen der Digitalisierung, des Klimawandels und der Demographie im Zentrum, sondern die Frage der Position von ver.di zum Ukraine Krieg. Sowohl bei der Aussprache über den Geschäftsbericht am Montagvormittag wie zum Grundsatzreferat des Vorsitzenden am Dienstag, und in der Diskussion um den Antrag E 084 am Donnerstagnachmittag und Abend, wurde über die Frage der Position, ob ver.di die Kriegspolitik der Regierung Scholz unterstützt, kontrovers und ausführlich diskutiert.

Über 80 % der Bevölkerung lehnen die Politik der Bundesregierung ab, finden aber für diese Ablehnung keine politische Vertretung. Umso mehr erwarten viele ein entsprechendes Signal aus der Gewerkschaft. Und das Nein zur Regierung und ihrer Politik des sozialen und militärischen Krieges spiegelte sich in zahlreichen Redebeiträgen.

Nach dem großen Protest gegen die von der Bundesregierung organisierten sozialzerstörerischen Politik, der in vielen Beiträgen nach der Rede von Kanzler Scholz zum Ausbruch kam, wollte der ver.di-Vorsitzende Frank Wernecke in der Frage der Waffenlieferungen und der Sanktionen dem Kanzler Rückendeckung verschaffen. Aber 1/3 der Delegierten folgten ihm nicht. Die schließliche Zustimmung zum Leitantrag des Bundesvorstands kann bestenfalls als Pyrrhussieg charakterisiert werden.

Auch vorgeschlagene Formelkompromisse konnten nicht verschleiern, dass eine Entscheidung für die kriegstreibende Politik der Bundesregierung durch den Kongress durchgesetzt werden sollte.

Unfassbar war für viele Delegierte, dass nicht einmal die letztlich zu nichts verpflichtende Forderung: **„ver.di fordert von der Bundesregierung, alles zu tun für einen sofortigen Waffenstillstand und die Aufnahme von Verhandlungen“** zugelassen wurde. Mehrere Delegierte nannten eine solche Entscheidung am Weltfriedenstag (Andreas Kutsche) *„eine historische Entscheidung“*, die *„auch in den Geschichtsbüchern stehen“* wird.

Dabei wurde, die Solidarität mit den *„Menschen der Ukraine“* nicht in Frage gestellt. Ein Delegierter stellte aber klar: *„Mit ihnen bin ich solidarisch, aber nicht mit der Selenskyj-Regierung, die die Rechte von Gewerkschaften und Parteien beschneidet und öffentliches Eigentum im Wert von 400 Milliarden Euro an internationale Investoren verscherbeln will.“*

Die Initiatoren der Änderungsanträge schreiben am Schluss ihrer Dokumentation: *„Die Diskussion und das Ergebnis zeigen, dass die Diskussion begonnen, nicht abgeschlossen ist. Wir rufen deshalb alle Gliederungen von ver.di auf, diese Diskussion aufzunehmen und zu führen.“*

Nein zum Deutschlandpakt

Wenn ein Bundeskanzler zu einem ver.di Bundeskongress in Krisen- und Kriegszeiten kommt, dann kann man schon erwarten, dass er das mit einem Ziel tut. Es kann doch nicht sein, dass er sich eine einstündige Bühnenshow zu Gemüte führt, um dann fünf bis zehn Minuten an die Delegierten zu wenden.

Im Bundestag, wenige Tage zuvor während der Haushaltsdebatte, hatte Scholz einen Deutschland-Pakt verkündet. Er rief zu einer *„nationalen Kraftanstrengung“* auf, alle sollen an *„einem Strang ziehen“*, alle in seine Richtung. Gemeint sind alle Exekutivpositionen in Bund, Ländern und Kommunen, die etablierten Parteien... und ausdrücklich auch die Gewerkschaften.

Der ver.di-Kongress wäre der Ort und die Zeit gewesen, um dieses Bündnis mit den Gewerkschaften zu schmieden. Doch Scholz wagte kein Wort dazu. Sein schönfärberisches Eigenlob für die sozialpolitischen Erfolge der Regierung prallten zusammen mit der Realität und den Erfahrungen der Kolleg*innen.

Schon in seinem Rechenschaftsbericht, Olaf Scholz hatte die Konferenz verlassen, führte Frank Wernecke Punkt für Punkt aus, dass die Regierungspolitik gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung im Land steht. Tarifpolitik, Inflation, Postgesetz, öffentliche Daseinsvorsorge..., an keiner Stelle hat die Gewerkschaft die Regierung an ihrer Seite.

Zum Bundeshaushalt erklärte Frank Wernecke: *„Hier steht die gesamte Bundesregierung und die sie tragenden Parteien insgesamt in der Verantwortung. Hier läuft ... etwas grundsätzlich falsch.“*

Und er nennt als Beispiel das Inflationsausgleichsgesetz des Bundesfinanzministers Lindner (FDP), welches hauptsächlich *„für die oberen Einkommen“* dient und *„unserem Gemeinwesen Einnahmeherausfälle von insgesamt 33 Milliarden Euro“* beschert. *„Das ist das Gegenteil von sozialer Politik.“*

„Der Regierungskurs führt nicht in unsere Richtung“

In der anschließenden Aussprache zu Geschäftsbericht nahmen 47 Delegierten jede Facette der Regierungspolitik auseinander. Auch der Versuch der Bundesregierung, über die konzentrierte Aktion mit ihrem Vorschlag *„3000 € Einmalzahlung statt Tarifverhandlungen“* in die Tarifautonomie einzugreifen und ihnen einen Reallohnverlust aufzuzwingen, wurde mehrfach kritisiert.

Eine Kollegin betonte in dieser Debatte, dass es der Platz der Gewerkschaften ist, *„gegen die herrschenden Verhältnisse die Rechte von Arbeiter*innen zu erkämpfen, zu verteidigen und zu stärken. Die Erfahrung zeigt: Es braucht uns, weil die regierenden Parteien eben nicht in unserem Sinne handeln. Wir als Gewerkschaft müssen nicht auf Regierungskurs gebracht werden, denn der Regierungskurs führt nicht in unsere Richtung, sondern er führt in die Richtung des Kapitals, und das ist für uns nicht akzeptabel!“*

Ein Kollege aus dem Handel ergänzte: *„Ich glaube, es steht uns nicht gut zu Gesicht, sich mit der Politik zu vereinen. Das ist nicht unser Freund. Auch wenn wir mit ihr verhandeln müssen, müssen wir klare Kante zeigen. Es kann nicht sein, dass hier erst kritische Worte laut werden, wenn der Bundeskanzler den Saal verlassen hat. Das ist unser nicht würdig.“*

Auf die harte Kritik an der Regierungspolitik in zahlreichen Beiträgen der Kolleg*innen und der mehrfach geäußerten Kritik, ver.di würde sich nicht klar genug von der Regierung abgrenzen, antwortete u.a. die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Christine Behle. Zum Inflationsausgleich führte sie aus: *„Als der aufgebracht worden ist - und es ist nicht unsere Erfindung, also keine Gewerkschaftserfindung -, haben wir uns von Minute eins dagegengestellt.“*

Und Frank Wernecke weist scharf zurück, dass jemand versucht habe, *„Einfluss darauf zu nehmen, wie wir Tarifpolitik betreiben - und erst recht nicht im Öffentlichen Dienst.“*

Umso erstaunlicher, dass die Einmalzahlung in vielen Tarifverträgen mitberücksichtigt und eingerechnet wird. Das Lob des Kanzlers für den Abschluss der IGBCE, der die Vorgabe direkt umsetzte, spricht Bände.

Eine Kollegin warnte davor, dass das Kapitel noch nicht am Ende ist. Nach *Corona-Prämie* und *Inflationsprämie*, drohe für die nächste Tarifverhandlung sicher eine *Klimaprämie*. Die Arbeitgeber haben Gefallen daran gefunden, dass der Staat die Lohnkosten übernimmt.

Frank Werneke ließ es sich dann nicht nehmen, zusammenfassend noch einmal klarzustellen:
„Wir sind nicht auf Regierungskurs!“

Für eine Mehrheit der Delegierten und der ver.di-Mitglieder gilt das zweifellos. Beschäftigte auf der Demonstration gegen Krankenhausschließungen am 20. September in Düsseldorf gaben die Parole aus: „Wenn sich nichts bewegt, dann fahren wir nach Berlin!“

Wäre es nicht z.B. notwendig, dass die ver.di-Führung einen kraftvollen vereinten Widerstand durch die vereinte Mobilisierung gegen den sozialpolitischen Kahlschlag der Regierung organisiert – z.B. durch eine bundesweite Demonstration in Berlin vor der Haushaltsverabschiedung?

„Krieg ist unvereinbar mit Sozialstaat.“

Wernecke bemühte sich darum, die Illusion zu verbreiten, es könne eine Erfüllung der Forderungen trotz der Milliardenkosten für den Krieg geben. Dafür müsse nur die Schuldenbremse aufgelöst werden. Doch das überzeugte nicht.

Waffenlieferungen, Sanktionen und die Aufrüstung kosten unfassbare Summen. Lindner, im Schulterschluss mit Scholz ist da hart: Das muss kompensiert werden durch Sozialabbau.– *„Der Bundeshaushalt markiert den Weg in eine Kriegswirtschaft.“*

Damit ist auch die Frage der Demokratie aufgeworfen *„In unserer Republik sind der Sozialstaat und die öffentliche Daseinsvorsorge die materiellen Grundlagen der Demokratie.“* – *„Der Sozialstaat und die öffentliche Daseinsvorsorge haben bei den Politikern nicht mehr den Stellenwert, den sie eigentlich haben müssten. Und deswegen müssen wir diese grundsätzliche Frage stellen, und wir müssen tatsächlich unsere Rolle als Gewerkschaft neu definieren. Wir haben eine größere Rolle, und man muss verstehen, dass wir einen neuen Platz einnehmen.“*

In der eigentlichen Debatte über die Verabschiedung des Antrages zum Krieg, wurde viel manövriert, so gab es plötzliche Änderungen der Abstimmungsverfahren. Dazu existiert ein Protokoll, welches einen Überblick gibt und über die Redaktion zu erhalten ist. Dort heißt es:

„Besonders umstritten war der vom Bundesvorstand und Gewerkschaftsrat vorgelegte Antrag E 084 „Perspektiven für Frieden, Sicherheit und Abrüstung in einer Welt im Umbruch“. Dieser Antrag wurde bei einer Gegenstimme vom Gewerkschaftsrat Mitte Mai angenommen. In Diskussionen auf verschiedenen Ebenen von ver.di wurden Vorschläge für Änderungsanträge diskutiert, die dem Bundeskongress vorlagen.

Im Landesbezirksvorstand des Fachbereichs A Berlin-Brandenburg wurde ein Änderungsantrag erarbeitet, der mit anderen Kollegen und Kolleginnen anderer Fachbereiche und Bezirke diskutiert und im Rahmen des ver.di-AK Friedens bearbeitet wurde. Auf Hinweis der Bundesverwaltung wurden daraus 8 Änderungsanträge.

Inhaltlich ging es um drei Entscheidungen der Bundesregierung:

- *Waffenlieferung*
- *Sanktionspolitik*
- *Hochrüstung in Form des Nato-2%-Zieles sowie des Sondervermögens“*

Die entsprechenden Änderungsanträge wurden von der Antragskommission auf Ablehnung gestellt. Die Änderungs-Anträge wurden überraschend en bloc abgestimmt und die Debatte um die Änderungsanträge per Beschluss beendet. (!)

Die Antragskommission musste also die Ablehnung einzelner Formulierungen nicht begründen. Wenn das die höchste Form von Demokratie ist, habe ich etwas dazugelernt, aber bis heute nicht verstanden.

Abgelehnt von der Antragskommission wurde ausdrücklich (alles wörtliche Zitate.):

- *„Die Lieferung von immer mehr und schweren Waffen macht Deutschland immer mehr zur Kriegspartei.*
- *ver.di fordert von der Bundesregierung, alles zu tun für einen sofortigen Waffenstillstand und die Aufnahme von Verhandlungen.*
- *Ver.di sagt Nein zu dem 100 Mrd. Euro Sondervermögen für Aufrüstung und fordert ausreichende Finanzierung der Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Kommunen, und viele weitere öffentliche materielle und soziale Infrastrukturen.*
- *ver.di fordert die Aufhebung einer Sanktionspolitik, die Deutschland mit einer Verschärfung der Wirtschaftskrise, der Gefahr von Deindustrialisierung und drastischen Verteuerung bezahlt, die die Existenz zahlreicher Klein- und Mittelbetriebe, wie auch Handwerksbetriebe in Frage stellt und Millionen Arbeitnehmer*innen mit sozialem Absturz bedroht. Zugleich schädigt die Sanktionspolitik die Wirtschaften des „globalen Südens.“*
- *Seit einem Jahr tobt ein grausamer Krieg in der Ukraine. Weder der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine noch die kriegerische Eskalation durch die Nato, unter Führung der USA, haben die russischen, die ukrainischen, und auch nicht die deutschen Arbeitnehmer*innen entschieden.*

Finanzminister Lindner brüstet sich bei einem Besuch in Kiew damit, dass Deutschland bereits insgesamt 22 Milliarden Euro für die Ukraine mobilisiert, habe: 12 Milliarden an Militärhilfe (...). Und er weiß auch schon, dass der Krieg lang andauern wird. Dafür sind fünf Milliarden Euro pro Jahr bis 2027 im Haushalt als „Ertüchtigungshilfen“ für das ukrainische Militär fest eingeplant.

Der von Lindner vorgelegte Haushalt spricht eine zynisch-offene Sprache:

Mehr Geld für Aufrüstung, an den Ausgaben für die Öffentliche Daseinsvorsorge, für Soziales, für Bildung und Gesundheitsversorgung wird gespart.

Angesichts dieser massiven Kriegsaufrüstung und der damit drohenden Eskalation des Krieges erklärt ver.di: Nein zu weiteren Waffenlieferungen, Wir lehnen sowohl die massiven Mehrausgaben durch das Sondervermögen als auch die Erhöhung der jährlichen Verteidigungsausgaben ab.“

275 Delegierte, 1/3 des Kongresses, stimmten gegen die Empfehlung der Antragskommission: *„Ihr seht das Ergebnis: 543 Kolleginnen und Kollegen haben den Empfehlungen der Antragskommission zugestimmt, 275 haben sie abgelehnt, 38 haben sich enthalten, 856 haben sich an der Abstimmung beteiligt.“*

Dieses Verfahren hat viele Delegierte absolut verstört, was sie in persönlichen Erklärungen zu Ausdruck brachten.

Das der Kongress am Schluss noch dem Leitantrag folgte, war dann noch egal. Der Schaden war eingetreten. Frank Wernecke hat es nicht geschafft, die Gewerkschaft ver.di als eine geeinte Kraft hinter der Kriegspolitik der Regierung zu vereinen.

Das wird Erschütterungen in der gesamten Organisationen nach sich ziehen. Die Diskussion wird sich nicht ersticken lassen.

*Gotthard Krupp, 28.9.2023
Delegierter auf dem Bundeskongress*

Vorabdruck aus Soziale Politik & Demokratie Nr. 494
